



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation Nr. 5 vom 7.6.2017

Inhalt

SCHWERPUNKT: EUROPÄISCHES SOLIDARITÄTSKORPS

- EU-Kommission: Rechtlicher Rahmen des Solidaritätskorps
- Civico: What to expect from the European Solidarity Corps?
- Reaktionen zum ESK: Europäische Politik
- Reaktionen zum ESK: Europäische zivilgesellschaftliche Netzwerke
- Konsultationsbeiträge: Der ESK aus Sicht deutscher Verbände

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

- Initiative des Europäischen Ausschusses der Regionen »Nachdenken über Europa«
- Deutsches Institut für humanitäre Angelegenheiten gefordert
- Engagementstrategien in Europa entwickeln: DEVS
- Europaabgeordnete fordern mehr Transparenz von der EZB

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

- Ablehnung von »Stopp TTIP« war rechtswidrig
- Reform der Europäischen Bürgerinitiative: Öffentliche Konsultation
- Soziale Inklusion und gemeinsame Werte: Öffentliche Konsultation

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

- Bürgerdialog: »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!« in Potsdam
- 26. Europäischer Abend zur europäischen Demokratie
- Umfrage der Europa-Union Deutschland zur Zukunft Europas
- Europäische Freiwilligenhauptstadt 2019 gesucht
- Symposium der AG »Internationales und Europa«: Engagement gegen Fluchtursachen

FACHDISKURS

- INNOSI-Berichterstattung: MAMBA-Studie
- European Funding Guide von European Citizen Action Service (ECAS)
- StiftungsReport zur Entwicklungszusammenarbeit
- Civil Society Days 2017
- Tru Lies - Projektergebnisse veröffentlicht
- »Internationale Altenpolitik«: Fachtagung
- »Europa für Bürgerinnen und Bürger«/ »Populismus in Europa«: Veranstaltung
- »Sind wir auf dem richtigen Weg?«: Antragswerkstatt
- ISTR-Konferenz 2018: Call for Contributions
- Hinweis

SCHWERPUNKT: EUROPÄISCHES SOLIDARITÄTSKORPS

EU-Kommission: Rechtlicher Rahmen des Solidaritätskorps

Das Europäische Solidaritätskorps (ESK) ist eine vieldiskutierte Initiative der Europäischen Union, die bis zum Jahr 2020 über 100.000 Freiwilligen- bzw. Beschäftigungsprojekte für junge Menschen ermöglichen möchte. Der Freiwilligenstrang des ESK wäre damit die größte engagementpolitische Maßnahme der EU. Nach der Ankündigung von Kommissionspräsident Juncker im Herbst 2016 und einer umfangreichen Konsultation im Frühjahr 2017 hat die EU-Kommission am 30. Mai 2017 einen konkreten Vorschlag zur Umsetzung vorgelegt. Dieser beinhaltet die Ausstattung des Europäischen Solidaritätskorps mit einer einzigen Rechtsgrundlage und einer einheitlichen Finanzierung anstelle der Nutzung von bestehenden Programmen. Die Kommission schlägt vor, für das Europäische Solidaritätskorps im Zeitraum von 2018 bis 2020 Mittel in Höhe von 341,5 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen.

[Vorschlag der EU-Kommission vom 30. Mai 2017](#) (PDF, 1,0 MB)

[Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

[nach oben](#)

Civico: What to expect from the European Solidarity Corps?

Engagementpolitisch hat sich auf europäischer Ebene seit dem Europäischen Freiwilligenjahr 2011 wenig bewegt. Mit der Initiative zum Europäischen Solidaritätskorps jedoch rücken auch in der EU-Politik grundlegende Fragen zur Förderung des Freiwilligensektors wieder in den Vordergrund. Gabriella Civico zeichnet in ihrem Gastbeitrag die Entwicklung und den Diskussionsstand seit der Ankündigung des ESK durch Kommissionspräsident Juncker im Herbst 2016 nach. Im Hinblick auf den aktuellen Kommissionsvorschlag wird aufgezeigt, wie die strittigsten Punkte umgesetzt werden sollen - etwa die Fragen der Finanzierung, Qualitätssicherung und Konkurrenz zu bestehenden Freiwilligendienstformaten oder die Abgrenzung zwischen jugend- und bildungspolitischen Aspekten im Freiwilligenstrang und den arbeitsmarktpolitischen Prioritäten im Beschäftigungsstrang des ESK.

[Beitrag von Gabriella Civico](#) (PDF, 2,28 MB)

[nach oben](#)

Reaktionen zum ESK: Europäische Politik

Kritische Töne zum aktuellen Kommissionsvorschlag für das Europäische Solidaritätskorps schlägt Petra Kammerevert, MdEP, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament, an. »Gut gemeint, aber nicht gut gemacht« lautet ihr Fazit. Durch den Transfer von Geldern aus dem Europäischen Freiwilligendienst in das neue Programm werde dieser torpediert. Zudem dürfe das ESK nicht Ersatz werden für andere notwendige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für junge Menschen. Dies sind beides auch die wichtigsten Kritikpunkte von Terry Reintke, MdEP. Aus ihrer Sicht werden seit Jahrzehnten gut funktionierende Strukturen in der europäischen Freiwilligenarbeit durch den Europäischen Solidaritätskorps gefährdet. Auch sieht sie in der im Grundsatz freiwilligen Tätigkeit im Rahmen des ESK kein geeignetes Mittel, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

[Pressemitteilung von Petra Kammerevert, MdEP](#)

[Pressemitteilung von Terry Reintke, MdEP](#)

[nach oben](#)

Reaktionen zum ESK: Europäische zivilgesellschaftliche Netzwerke

Das Europäische Jugendforum als größtes Netzwerk von Jugendverbänden in Europa und das Europäische Freiwilligenzentrum CEV als europäisches Netzwerk der Engagementinfrastrukturen haben den aktuellen Kommissionsvorschlag zum ESK im Grundsatz begrüßt. Beide Netzwerke sehen aber noch umfangreichen Klärungs- bzw. Verbesserungsbedarf. Das Jugendforum mahnte eine bessere Einbindung von Jugendorganisationen in die Umsetzung an. Auch die Umwidmung von Mitteln aus dem Bildungsprogramm Erasmus+ ohne Gegenfinanzierung wird kritisiert. Für das CEV bleibt insbesondere die Frage ungeklärt, wie die Initiative zum ESK den Freiwilligensektor in Europa insgesamt stärken und wie sich dieses Programm in einen noch zu definierenden engagementstrategischen Rahmen auf EU-Ebene einfügen kann.

[Stellungnahme des Europäischen Jugendforums](#)

[Stellungnahme des Europäischen Freiwilligenzentrums](#) (PDF, 245 kB)

[nach oben](#)

Konsultationsbeiträge: Der ESK aus Sicht deutscher Verbände

Im Frühjahr dieses Jahres führte die EU-Kommission eine Konsultation unter Vereinen und Verbänden aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft sowie Behörden und

Einzelpersonen zu grundlegenden Prioritäten und zur praktischen Umsetzung des Europäischen Solidaritätskorps (vgl. BBE-Europa-Nachrichten 2/2017) durch. Deutsche Verbände nahmen darin eine im Grundsatz unterstützende, aber in verschiedenen Punkten auch kritische Position zum ESK ein. Für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege droht der ESK die Abgrenzung zwischen Freiwilligendiensten als Lern- und Bildungsorte auf der einen und Programmen der Arbeits- und Beschäftigungsförderung auf der anderen Seite aufzuweichen. Auch die Schaffung von Parallelstrukturen sei gerade mit Blick auf die differenzierte Träger- und Unterstützungslandschaft der Freiwilligendienste in Deutschland zu vermeiden. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge mahnte an, Freiwilligendienst und Erwerbsarbeit sollten deutlich voneinander getrennt werden, tatsächlich ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt und das Verhältnis zu vorhandenen Infrastrukturen in den Mitgliedsstaaten klar geregelt sein. Der Deutsche Bundesjugendring befürchtet eine Schwächung der Errungenschaften des Europäischen Freiwilligendienstes (EFD) und des non-formalen Bildungsbereichs im Programm Erasmus+. In jedem Fall müssten sich die Freiwilligenaktivitäten im ESK an mit dem EFD vergleichbaren Qualitätsstandards orientieren.

[Stellungnahme der BAGFW](#)

[Stellungnahme des Deutschen Vereins](#) (PDF, 109 kB)

[Stellungnahme des DBJR](#) (PDF, 96 kB)

[nach oben](#)

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

Initiative des Europäischen Ausschusses der Regionen »Nachdenken über Europa«

Als Teil des vielerorts laufenden Nachdenkens über die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft Europas hat der Ausschuss der Regionen (AdR) den Prozess »Überlegungen zu Europa« in Gang gebracht, um den BürgerInnen vor Ort Raum für eine ehrliche und offene Diskussion über die Zukunft der EU zu geben. Dieser bürgerInnenorientierte Prozess wurde auf Ersuchen von EU-Ratspräsident Tusk hin eingeleitet. Er hatte den AdR um Empfehlungen gebeten, wie das Vertrauen in die EU mit Hilfe der Städte und Regionen wiedergewonnen werden kann. Der AdR hat zudem eine öffentliche Online-Umfrage zu Fragen im Zusammenhang mit der Zukunft der EU-Politik gestartet.

[Überlegungen zu Europa](#)

Deutsches Institut für humanitäre Angelegenheiten gefordert

Mit Datum vom 29. Mai 2017 fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Entschlussantrag im Deutschen Bundestag die Errichtung eines »Instituts für humanitäre Angelegenheiten« (18/12530). Da Deutschland in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Geber für humanitäre Hilfe geworden sei, bestehe der zunehmende Bedarf an einer kritischen und tiefer gehenden Reflexion der humanitären Hilfe. Doch die dafür notwendigen Kapazitäten existierten bisher nur in Ansätzen und seien schwach vernetzt. Das unabhängige Deutsche Institut für humanitäre Angelegenheiten solle praxisorientiert arbeiten, das Angebot bestehender staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen ergänzen und eng mit ihnen zusammenarbeiten. Ziel sei es, im Dialog mit Öffentlichkeit, Politik und Zivilgesellschaft sowohl zur internationalen Debatte als auch zur gesellschaftlichen Reflexion der humanitären Hilfe in Deutschland beizutragen.

[Antrag: Ein Institut für humanitäre Angelegenheiten schaffen](#) (PDF, 880 kB)

[nach oben](#)

Engagementstrategien in Europa entwickeln: DEVS

Am 6. und 7. April 2017 ging es in London um Engagementstrategien in und für Europa auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Ziel des Treffens war die Erstellung eines Handbuchs mit Best Practices für Regierungen und staatliche Verwaltungen bis zur lokalen Ebene, Freiwilligenorganisationen, Freiwilligenagenturen und Unternehmen: Developing Volunteering European Strategies (DEVS). Veranstaltet vom Europäischen Freiwilligen-Zentrum (CEV) liegen Handbuch und Tagungsbericht jetzt vor.

[Handbuch und Bericht](#)

[nach oben](#)

Europaabgeordnete fordern mehr Transparenz von der EZB

Am 1. Juni 2017 haben 41 Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments eine gemeinsame Anfrage an die Europäische Zentralbank (EZB) gerichtet, um mehr Transparenz bei den Wertpapierkäufen der EZB zu erreichen. Erstmals wendet sich damit eine Mehrheit der ECON-Abgeordneten mit einer gemeinsamen Anfrage an die Zentralbank, koordiniert vom katalanischen liberalen Abgeordneten Ramon Tremosa. Zurzeit ist es ins Belieben der nationalen Zentralbanken gestellt, welche Schuldverschreibungen tatsächlich

gekauft werden. »Auch die Geldpolitik muss bei ihren Wertpapierkäufen soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen (»ESG«). Die Bemühungen vieler Investoren beim divestment und bei klimaverträglichen Kapitalanlagen, dürfen nicht von der EZB konterkariert werden.«, sagt dazu MdEP Sven Giegold als wirtschafts- und finanzpolitische Sprecher der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament.

[Dokumentation der Frage an die EZB von ECON](#)

[nach oben](#)

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

Ablehnung von »Stopp TTIP« war rechtswidrig

Das Gericht der Europäischen Union erklärte am 10. Mai 2017 in Luxemburg den Beschluss der Europäischen Kommission für nichtig, mit dem die 2014 beantragte Registrierung der geplanten Europäischen Bürgerinitiative (EBI) »Stop TTIP« abgelehnt worden war. Die geplante Bürgerinitiative stelle keine unzulässige Einmischung in den Gang des Gesetzgebungsverfahrens dar, sondern löse zur rechten Zeit eine legitime demokratische Debatte aus. Inhaltlich bescheinigt das Gericht der Europäischen Kommission ein irriges und abwegiges Demokratieverständnis.

[Pressemitteilung des Europäischen Gerichts](#) (PDF, 221 kB)

[nach oben](#)

Reform der Europäischen Bürgerinitiative: Öffentliche Konsultation

Im Rahmen des Reformprozesses der Europäischen Bürgerinitiative (EBI), die mit dem Lissabonner Vertrag eingeführt worden war, findet seit dem 24. Mai 2017 eine Öffentliche Konsultation statt. Hierfür steht ein Online-Fragebogen zur Verfügung, an dessen Ende es auch möglich ist, etwaige Positionspapiere hochzuladen. Zwei Wochen nach Start der Konsultation soll der Fragebogen in allen Sprachen der EU verfügbar sein. Die Konsultation endet am 16. August 2017.

[Öffentliche Konsultation zur EBI](#)

[nach oben](#)

Soziale Inklusion und gemeinsame Werte: Öffentliche Konsultation

Wie kann man im Kontext von formalen und non-Formalen Bildungsprozessen und Bildungsinstitutionen soziale Inklusion und gemeinsame Werte fördern? Das ist das Thema einer öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission, die seit dem 11. Mai 2017 stattfindet. Hierfür steht ein Online-Fragebogen zur Verfügung, aktuell nur in Englisch, ab dem 15. Juni 2017 in allen Sprachen der EU. Die Konsultation endet am 11. August 2017.

[Öffentliche Konsultation zu sozialer Inklusion und gemeinsamen Werten](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

Bürgerdialog: »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!« in Potsdam

Der nächste Bürgerdialog aus der bundesweiten Bürgerdialogreihe »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!« findet am 15. Juni 2017 im Brandenburger Landtag in Potsdam statt. Auch diesmal wird das Publikum die Möglichkeit haben, mit PolitikerInnen und ExpertInnen aus Wirtschaft und Verwaltung über die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch zu reden. Anhand der fünf Szenarien des Weißbuches der Europäischen Kommission wird diskutiert, wie es mit Europa weitergehen soll. In einer kurzen, einleitenden Podiumsdiskussion stehen Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, und Olivier Portoff, Referent EU-Grundsatzfragen im Auswärtigen Amt, Rede und Antwort. Anschließend finden offene Gespräche in Themenräumen zu folgenden Schwerpunkten statt: Europas Rolle in der Welt: Außenpolitik, Sicherheit, Migration und Wirtschaft sowie Soziales: Arbeit, Binnenmarkt, Verbraucher-, Sozialstandards.

[Weitere Informationen, Anmeldung und Programm](#)

[nach oben](#)

26. Europäischer Abend zur europäischen Demokratie

»Demokratie in Gefahr?« ist die Frage, die am 26. Juni 2016 im Fokus des nächsten Europäischen Abends steht, der ab 17:30 Uhr im dbb forum, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin stattfindet. Das Publikum wird von Thomas Mann, MdEP, Vizepräsident der Europa-Union Deutschland e.V., begrüßt. Der Redner des Abends ist Jean-Claude Tribolet, Ministre Conseiller, Gesandter der Französischen Botschaft. Die Informationsbörse wird im Vorfeld des Europäischen Abends, zwischen 17:30 Uhr und 18:45 Uhr sowie nach der Podiumsdiskussion mit hochrangigen

PolitikerInnen und Expertinnen von ca. 21 Uhr bis ca. 22 Uhr geöffnet sein. Der Europäische Abend ist eine Kooperationsveranstaltung von dbb beamtenbund und tarifunion, Europa-Union Deutschland, dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sowie der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Das detaillierte Programm wird zeitnah auf der Webseite des Europäischen Abends erscheinen.

[Webseite des Europäischen Abends](#)

[nach oben](#)

Umfrage der Europa-Union Deutschland zur Zukunft Europas

Im Weißbuch zur Zukunft der EU entwickelt die Europäische Kommission fünf mögliche Szenarien. Die Europa-Union Deutschland (EUD) macht diese fünf Szenarien zum Gegenstand einer Befragung, bei der man die eigene präferierte Option wählen und erläutern kann. Alle Szenarien werden kurz erläutert.

[Umfrage](#)

[nach oben](#)

Europäische Freiwilligenhauptstadt 2019 gesucht

Schon jetzt begibt sich das Europäische Freiwilligenzentrum (CEV) mit einem Wettbewerb auf die Suche nach der Stadt, die im Jahr 2019 nach Barcelona (2014), Lissabon (2015), London (2016), Sligo (2017) und Aarhus (2018) zu Europas Freiwilligenhauptstadt wird. Bis zum 30. Juni 2017 können sich Städte und Gemeinden jeder Größe auf diesen Titel beim European Volunteer Centre (CEV) bewerben. Die Auswahl orientiert sich an den Kriterien der »Policy Agenda for Volunteering in Europe« (P.A.V.E.), in der Fragen des Qualitätsmanagements, der Infrastruktur oder auch der Anerkennung von und für Ehrenamtliche behandelt werden.

[Weitere Informationen sowie Bewerbungsunterlagen](#)

[nach oben](#)

Symposium der AG »Internationales und Europa«: Engagement gegen Fluchtursachen

Am 3. April 2017 veranstaltete die BBE-Arbeitsgruppe »Internationales und Europa« in Berlin ein Symposium mit dem Titel »Internationale Fluchtbewegungen und zivilgesellschaftliche Antworten«. VertreterInnen der Politik und Zivilgesellschaft kamen zusammen, um unterschiedliche Fluchtursachen zu beleuchten und über die Verantwortung der westlichen Industrieländer für nachhaltige und friedliche

Entwicklung in Krisenregionen zu diskutieren. Auch die Rolle der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements im globalen und lokalen Wandel standen im Fokus des Symposiums. Im Rahmen der Gesprächskreise arbeiteten die Teilnehmenden anhand der »Tree Moderation«-Methodik, um die komplexen Zusammenhänge ergebnisorientiert darzustellen. Ein Bericht des Symposiums wird in der nächsten Ausgabe der BBE Europa-Nachrichten erscheinen.

[AG »Internationales und Europa«](#)

[nach oben](#)

FACHDISKURS

INNOSI-Berichterstattung: MAMBA-Studie

Das EU-Projekt INNOSI (Innovative Social Investments strengthening communities in Europe) geht der Frage nach, wie soziale Investitionen vor dem Hintergrund zunehmender sozio-ökonomischer Krise aussehen könnten (vergleiche BBE-Europa-Nachrichten 4/2017). Soziale Innovationen im sozialen Sektor werden in dem Projekt vor allem in Form von Fallstudien in zehn EU-Ländern beschrieben. Als erstes von zehn Studienergebnissen in den kommenden Monaten stellen die BBE Europa-Nachrichten in dieser Ausgabe die MAMBA-Studie (Münsters Aktionsprogramm für MigrantInnen und Bleibeberechtigte zur Arbeitsmarktintegration in Münster und im Münsterland) für Deutschland vor. Dr. Serge Embacher fasst in seinem Beitrag die Evaluation der Arbeit dieses lokalen Netzwerks zusammen, die von der Universität Münster im Rahmen von INNOSI durchgeführt wurde. Der zentrale Befund besteht darin, dass die funktionierenden Netzwerkstrukturen von MAMBA in der Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Flüchtlingspolitik wesentlich bessere Ergebnisse erzielen können als Maßnahmeträger ohne Netzwerkanbindung. Etwa ein Drittel der betreuten Geflüchteten ohne Anerkennungsstatus konnten in eine Ausbildung oder längerfristige Qualifikationsmaßnahme vermittelt werden. Rund 12.000 Euro konnten pro Vermittlung an öffentlichen Mitteln eingespart werden.

[Beitrag von Dr. Serge Embacher](#) (PDF, 635 kB)

[nach oben](#)

European Funding Guide von European Citizen Action Service (ECAS)

Die 23. aktualisierte Auflage des »ECAS Guide to European Funding for the Non-Profit Sector« ist erschienen, herausgegeben vom European Citizen Action Service (ECAS).

[ECAS European Funding Guide](#) (PDF, 6,5 MB)

[nach oben](#)

StiftungsReport zur Entwicklungszusammenarbeit

Eine zunehmende Zahl an Stiftungen verfolgt Zwecke der Entwicklungszusammenarbeit, wie der StiftungsReport »Entwicklungszusammenarbeit: Wie Stiftungen weltweit wirken« zeigt. Wurden in den 1960er Jahren nur 2,9 Prozent der rechtsfähigen Stiftungen für den Zweck der Förderung der Entwicklungszusammenarbeit errichtet, waren es in den 2000er Jahren bereits 7,2 Prozent. »Der neue StiftungsReport des Bundesverbandes nähert sich der Thematik erstmals systematisch über Daten, Fakten und 83 Good-Practice-Beispiele, um den Blick zu weiten und die vielfältigen Möglichkeiten von Entwicklungszusammenarbeit aufzuzeigen.« erläutert Anke Pätsch, Leiterin Internationales beim Bundesverband Deutscher Stiftungen. Neben dem Auslandsengagement werden auch die Inlandsarbeit und globales Lernen im Sinne der SDGs als wichtige Handlungsfelder betrachtet. Die Veröffentlichung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen in Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Engagement Global, der Stiftung Hilfe mit Plan und der Karl Kübel Stiftung stellt das globale Wirken deutscher Stiftungen dar. Der StiftungsReport ist kostenlos sowohl gedruckt als auch digital erhältlich.

[StiftungsReport](#)

[nach oben](#)

Civil Society Days 2017

Am 26. und 27. Juni 2017 finden in Brüssel die »Civil Society Days 2017 - The Europe we strive for« statt, organisiert vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA). Die Konferenz hat vier thematische Schwerpunkte: Populismus und wie ein Gegen-Narrativ durch Bildung und Kultur entwickelt werden kann; Folgen technologischer Revolution; Empowerment zivilgesellschaftlicher Organisationen; Unterschiede zwischen Stadt und Land als Herausforderung für sozialen und territorialen Zusammenhalt. Eine Anmeldung ist bis zum 21. Juni 2017 möglich.

[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

[nach oben](#)

Tru Lies - Projektergebnisse veröffentlicht

Die EU stellt eine beliebte Zielscheibe für ungerechtfertigte Schuldzuweisungen und Falschbehauptungen in der Politik dar. Mit dem Ziel einer Versachlichung der europapolitischen Debatte in Deutschland haben das Institut für Europäische Politik (IEP) und Das Progressive Zentrum mit Förderung der Stiftung Mercator das Factchecking-Projekt »TruLies - The Truth about Lies on Europe« realisiert. Nach mehrmonatiger Analyse wurden am 24. Mai 2017 die Ergebnisse vorgestellt. Sie wurden in Form von »Factsheets« erstellt, die Aussagen von PolitikerInnen unterschiedlicher Parteien auf ihre Richtigkeit prüfen und bewerten ohne sie dabei aus dem Kontext zu reißen. Drei Themenbereiche und insgesamt 17 Aussagen wurden in den Factsheets behandelt. Bei der Vorstellung gab es zudem eine intensive Diskussion zur Thematik der Funktion und Reichweite solcher Factsheets und ähnlicher Verfahren.

[Ergebnisse TruLies - The Truth about Lies on Europe](#)

[nach oben](#)

»Internationale Altenpolitik«: Fachtagung

Am 27. Juni 2017 findet in Bonn die Fachtagung »Internationale Altenpolitik - Internationales Engagement für und mit älteren Menschen« statt. Sie informiert über aktuelle Entwicklungen in der internationalen Altenpolitik und gibt einen Überblick über den Stand der Debatten. Organisiert wird sie von der Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V. Die Tagung dient dem Austausch und der Vernetzung von Interessierten aus der Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft. Eine Anmeldung ist bis zum 20. Juni 2017 möglich.

[Programm der Fachtagung »Internationale Altenpolitik«](#) (PDF, 2,8 MB)

[Anmeldung](#) (PDF, 203 kB)

[nach oben](#)

»Europa für Bürgerinnen und Bürger«/ »Populismus in Europa«: Veranstaltung

Die Idee Europa und das Konzept der Demokratie geraten angesichts des zunehmenden Euroskeptizismus und des erstarkenden Populismus unter Druck. Unter diesen Vorzeichen standen und stehen im Jahr 2017 auch die Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland. Der Vortrag, der am 13. Juni 2017 im Europäischen Informationszentrum in Berlin stattfindet, führt in das EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« ein. Dieses fördert europäische Kooperationsprojekte, die sich mit den aktuellen politischen Herausforderungen in

Europa befassen. Anschließend findet eine Podiumsdiskussion statt: Dr. Ulrich Brückner, Team Europe, in Vertretung der Europäischen Kommission, Dr. Thomas Greven, John F. Kennedy Institute der FU Berlin und Claudia Dombrowsky, Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V. diskutieren zum Thema »Populismus in Europa«. Kosten inkl. Material und Verpflegung: 15 Euro.

[Programm](#) (PDF, 137 kB)

Anmeldung unter
E-Mail: info@kontaktstelle-efbb.de

[Anmeldekonditionen](#)

[nach oben](#)

»Sind wir auf dem richtigen Weg?«: Antragswerkstatt

Sie fragen sich, ob Ihre gute Idee im Formular überzeugend dargestellt ist? In der Antragswerkstatt am 14. Juni 2017 im Europäischen Informationszentrum in Berlin werden konzeptionelle Aspekte europäischer Kooperationsprojekte erarbeitet. Sie richtet sich an Projektverantwortliche aus Organisationen, Kommunen und Einrichtungen, die zu den Einreichfristen am 1. September 2017 (Bürgerbegegnungen und Städtevernetzungen) bzw. am 1. März 2018 (alle Fördermaßnahmen) einen Antrag an das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« richten wollen und bereits an dem Antragsformular arbeiten. Voraussetzung für die Teilnahme ist eine Registrierung bei der EU. Kosten inkl. Material und Verpflegung: 55 Euro.

[Programm](#) (PDF, 127 kB)

Anmeldung per Rückmeldeformular unter
E-Mail: info@kontaktstelle-efbb.de

[Anmeldekonditionen](#)

[nach oben](#)

ISTR-Konferenz 2018: Call for Contributions

Vom 10. bis 13. Juli 2018 findet in Amsterdam die nächste Konferenz der International Society for Third Sector Research (ISTR) statt. Das Konferenzthema lautet: »Democracy and Legitimacy: The Role of the Third Sector in a Globalizing World«. Bis zum 27. Oktober 2017 können Vorschläge für Panels, Vorträge oder andere Beiträge eingereicht werden.

[Weitere Informationen zur Konferenz](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 4. Juli 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an

E-Mail: europa-bbe@b-b-e.de

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Beiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im Europa-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Andreas Pautzke, Dr. Rainer Sprengel, Mirko Schwärzel und Nino Kavelashvili.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

V.i.S.d.P.: Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend